

Justizkommission

Commission de justice

Parlamentsdienste des Grossen Rates
Postgasse 68
Postfach 562
3000 Bern 8
Telefon +41 (0)31 633 75 81
Telefax +41 (0)31 633 75 88
www.be.ch/gr



Justizkommission

Tätigkeitsbericht 2018

Inhaltsverzeichnis

1	Tätigkeit der Justizkommission	3
1.1	Oberaufsicht über das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die Generalstaatsanwaltschaft.....	3
1.1.1	Allgemeines	3
1.1.2	Evaluation der Justizreform II und Revision der Justizverfassung	3
1.1.3	Voranschlag 2019 / Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022 der Justiz	3
1.1.4	Geschäftsbericht sowie Tätigkeitsbericht 2018 der Justiz	4
1.1.5	Bewilligung von Nebenbeschäftigungen.....	4
1.2	Vorbereitung der Richterwahlen.....	4
1.3	Vorberatung von Erlassen	5
1.4	Kredite und Ausgabenbewilligungen der Justiz.....	5
1.5	Beratung von Straferlassgesuchen	6
1.6	Beratung und Behandlung von Petitionen und Eingaben	6
2	Antrag der Justizkommission	6
ANHANG – Personelle Zusammensetzung und Beanspruchung der Justizkommission		7
1)	Zusammensetzung und Organisation der Justizkommission.....	7
2)	Beanspruchung der Justizkommission.....	10

Die Justizkommission (JuKo) orientiert mit vorliegendem Bericht gemäss Artikel 50 Absatz 4 der Geschäftsordnung¹ über ihre Tätigkeit nach Artikel 38 GO.

1 Tätigkeit der Justizkommission

1.1 Oberaufsicht über das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die Generalstaatsanwaltschaft

1.1.1 Allgemeines

Die JuKo nahm im Jahr 2018 im Auftrag des Grossen Rates die Aufsicht über die Geschäftsführung der obersten kantonalen Gerichte (Obergericht, Verwaltungsgericht) sowie der Generalstaatsanwaltschaft wahr². Nicht Bestandteil der Aufsicht ist die Würdigung der Rechtsprechung der Gerichte. Vielmehr gilt die Aufsicht der Kontrolle, ob die Geschäftsführung der genannten Justizbehörden gesetzeskonform erfolgt. Gleichzeitig muss im Rahmen der Aufsicht sichergestellt werden, dass die Behörden über die notwendigen Ressourcen und adäquaten Arbeitsbedingungen verfügen, um den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Rechtsprechung innert der gesetzlichen Fristen erfüllen zu können.

Die beaufsichtigten Gerichtsbehörden wurden von den zuständigen Kommissionsausschüssen im Berichtsjahr einmal besucht. Die Berichterstattung über diese Besuche floss in die Berichte der JuKo über den Geschäfts- und den Tätigkeitsbericht 2017 der Justiz³ ein und wurde in der Junisession und der Novembersession 2018 im Grossen Rat behandelt.

Die Vorberatung des Geschäftsberichts inklusive Tätigkeitsbericht der Justiz einerseits, sowie des Voranschlags mit Aufgaben- und Finanzplan der Justiz andererseits, bildeten im Frühjahr und im Herbst die Schwergewichte der Kommissionstätigkeit.

Die JuKo hat sich im Berichtsjahr mit den folgenden Themen befasst:

1.1.2 Evaluation der Justizreform II und Revision der Justizverfassung

Die Umsetzung der Evaluation der Justizreform II und die Revisionsarbeiten an der Kantonsverfassung betreffend die Justiz wurden per 1. Januar 2018 zusammengeführt und stehen unter der Federführung der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK). Im Herbst 2018 wurde die JuKo anlässlich des trilateralen Treffens zwischen JuKo, Regierungsrat und Justizleitung über den Stand der Arbeiten informiert. Der Grosse Rat wird voraussichtlich in der Sommersession 2020 dieses Geschäft beraten.

1.1.3 Voranschlag 2019 / Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022 der Justiz

Wie schon in den Vorjahren führten die Geschäftsleitung der JuKo und die Justizleitung während des sogenannten Budgetprozesses einen intensiven Dialog.

Der Voranschlag 2019 / Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022 der Justiz (VA 2019 / AFP 2020-2022) zeigte im Vergleich zu den Vorjahren gewisse Schwankungen. In ihrem Bericht zum VA

¹ Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 4. Juni 2013 (GO; BSG 151.211).

² Art. 78 der Verfassung des Kantons Bern vom 6. Juni 1993 (KV; BSG 101.1), Art. 4 des Gesetzes über den Grossen Rat vom 4. Juni 2014 (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21) und Art. 38 Abs. 2 Bst. a GO.

³ Bericht der JuKo vom 17.10.2018 zum Geschäftsbericht 2017 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft sowie Bericht der JuKo vom 02.05.2018 zum Tätigkeitsbericht 2017 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft und zu den Aufsichtsbesuchen 2018.

2019 / AFP 2020-2022 legte die JuKo insbesondere Schwerpunkte auf die Auswirkungen von Neuerungen und Änderungen der Bundesgesetzgebungen, auf die Sachaufwendungen und Entgelte und auf die Personalkosten. Die Gründe dafür konnte die Justizleitung der JuKo nachvollziehbar aufzeigen⁴.

Anlässlich der Vorberatung des VA 2019 / AFP 2020-2022 fand im Oktober 2018 das trilaterale Treffen zwischen der JuKo, dem Regierungsrat und der Justizleitung statt. Nebst der Umsetzung der Evaluation der Justizreform II und die Revisionsarbeiten an der Kantonsverfassung betreffend die Justiz (vgl. vorne Kap. 1.1.2) wurde auch über einige Aspekte der Digitalisierung im Bereich der Justiz informiert.

Der VA 2019 / AFP 2020-2022 wurde vom Grossen Rat in der Novembersession 2018 genehmigt.

1.1.4 Geschäftsbericht sowie Tätigkeitsbericht 2018 der Justiz

Im Frühjahr 2018 nahm die JuKo den Rechnungsabschluss 2017 der Justiz entgegen. Der Saldo der Rechnung lag nur CHF 0.2 Millionen unter dem Saldo des Budgets, was sehr erfreulich war. Die Zahlen basieren seit Januar 2017 auf dem neuen Rechnungsstandard des Kantons Bern HRM2. Da die Zahlen neu nach anderen Kriterien berechnet werden, liessen sie sich im Berichtsjahr deshalb nur bedingt mit den Zahlen der vorherigen Jahre vergleichen.

Anlässlich der Aufsichtsbesuche 2018 liess sich die JuKo von der Justiz über verschiedene Themenbereiche im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht und Tätigkeitsbericht 2017 näher informieren⁵.

1.1.5 Bewilligung von Nebenbeschäftigungen⁶

Die hauptamtlichen Mitglieder von Obergericht, Verwaltungsgericht und Generalstaatsanwaltschaft sollen ihr Amt unabhängig ausüben und ihre Arbeitskraft möglichst uneingeschränkt in den Dienst der bernischen Justiz stellen. Die Ausübung aller Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Ämter (während und ausserhalb der Arbeitszeit) ist für die voll- und teilzeitlich tätigen Richterinnen und Richter des Obergerichts und des Verwaltungsgericht sowie für die hauptamtlichen Mitglieder der Generalstaatsanwaltschaft bewilligungspflichtig.

Im Berichtsjahr hat die JuKo in Anwendung ihrer Grundsätze 5 Gesuche um Bewilligung einer Nebenbeschäftigung oder eines öffentlichen Amtes behandelt. Sämtliche Gesuche wurden bewilligt.

1.2 Vorbereitung der Richterwahlen⁷

Für die Vorbereitung der Richterwahlen hat die JuKo einen ständigen Ausschuss, den Ausschuss IV, eingesetzt. Im Ausschuss IV ist jede grossrätliche Fraktion mit je einem Mitglied vertreten. Hauptaufgabe des Ausschusses IV ist die Abgabe der Wahlempfehlung. So beurteilt er sämtliche Bewerberinnen und Bewerber gestützt auf die Bewerbungsdossiers, die eingeholten Stellungnahmen⁸, die Vorselektion und die Bewerbungsgespräche. In diesem Zusammenhang ist gerade das Einholen von Stellungnahmen bei den entsprechenden Gerichtsbehörden sowie wei-

⁴ Vgl. für weitere Details sowie zu weiteren Schwerpunkten der JuKo den Bericht der JuKo vom 17.10.2018 zum Voranschlag 2019 und zum Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft.

⁵ Vgl. zum Ganzen auch Bericht der JuKo vom 17.10.2018 zum Geschäftsbericht 2017 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft sowie Bericht der JuKo vom 02.05.2018 zum Tätigkeitsbericht 2017 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft und zu den Aufsichtsbesuchen 2018.

⁶ Art. 38 Abs. 2 Bst. e GO.

⁷ Art. 38 Abs. 2 Bst. c GO.

⁸ Die Stellungnahmen werden insbesondere beim Obergericht, Verwaltungsgericht, bei der Generalstaatsanwaltschaft, dem bernischen Anwaltsverband und dem Verein bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte eingeholt (Art. 21a des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft [GSOG; BSG 161.1]).

teren Instanzen ein wesentliches Kriterium im ganzen Wahlvorbereitungsverfahren. Dabei ist der Ausschuss IV darauf angewiesen, dass die Instanzen ihre Stellungnahmen klar und begründet abfassen.

Im Laufe des Berichtsjahrs fanden diverse Ersatzwahlen statt. Folgende Wahlen waren für die Amtsdauer bis 31.12.2022 vorzubereiten:

- Wahl zweier Mitglieder deutscher Muttersprache für das Obergericht;
- Wahl eines Mitglieds französischer Muttersprache für das Obergericht;
- Wahl zweier Ersatzmitglieder deutscher Muttersprache für das Obergericht;
- Wahl eines Mitglieds für das Verwaltungsgericht, sozialversicherungsrechtliche Abteilung;
- Wahl von sieben Richterinnen oder Richter deutscher Muttersprache für die Regionalgerichte;
- Wahl von drei Richterinnen oder Richter französischer Muttersprache für die Regionalgerichte;
- Wahl eines Richters für das kantonale Zwangsmassnahmengericht;
- Wahl zweier arbeitsrechtlichen Fachrichter deutscher Muttersprache für die Regionalgerichte;
- Wahl zweier Laienrichterinnen für die Regionalgerichte;
- Wahl eines Fachrichters für das Jugendgericht;
- Wahl einer mietrechtlichen Fachrichterin deutscher Muttersprache für die regionalen Schlichtungsbehörden.

In der Septembersession führte der Grosse Rat die Wiederwahlen für die Fachrichterinnen und Fachrichter deutscher und französischer Muttersprache für das Kindes- und Erwachsenenschutzgericht, für die Amtsdauer vom 01.01.2019 bis 31.12.2024 durch. Im Frühjahr 2018 waren die 21 Fachrichterinnen und Fachrichter angefragt worden, ob sie sich für eine Wiederwahl zur Verfügung stellen möchten. Die JuKo hörte diese Mitglieder anschliessend nicht einzeln an, holte jedoch Stellungnahmen zu den betroffenen Personen ein. Die JuKo empfahl schliesslich dem Grossen Rat sämtliche 19 Mitglieder zur Wiederwahl. Der Grosse Rat bestätigte diese im September 2018 für eine weitere Amtsdauer in ihrem Amt.

Für die beiden Fachrichter, welche sich nicht für eine Wiederwahl beworben hatten, bereitete die JuKo Ergänzungswahlen für die Novembersession vor.

Für die Wahlen im Berichtsjahr wurden insgesamt 70 Bewerbungsgespräche durchgeführt.

1.3 Vorberatung von Erlassen

Im Berichtsjahr hatte die JuKo ausserdem einen Erlass vorzubereiten. Dabei ging es um Änderungen des Personalgesetzes⁹ und des Spitalversorgungsgesetzes¹⁰. Die Gesetzesänderungen wurden vom Grossen Rat in der Junisession 2018 mit einer Lesung einstimmig angenommen.

1.4 Kredite und Ausgabenbewilligungen der Justiz

Die JuKo behandelte im Berichtsjahr einen Nachkredit sowie eine Ausgabenbewilligung für ICT-Ausgaben der Justiz. Der Grosse Rat beschloss in der Märzsession resp. Novembersession 2018 einstimmig die Annahme der entsprechenden Geschäfte.

⁹ PG; BSG 153.01.

¹⁰ SpVG; BSG 812.11.

1.5 Beratung von Straferlassgesuchen¹¹

Die JuKo hat die Aufgabe, eingehende Straferlassgesuche (auch Begnadigungsgesuche genannt) zu beraten und dem Grossen Rat Antrag zu stellen. Die Vorberatung innerhalb der Kommission obliegt dem Ausschuss I.

Im Berichtsjahr wurden vier Straferlassgesuche beraten. Die Justizkommission folgte in allen Fällen den Anträgen des Regierungsrates. Die Begnadigungsgesuche wurden in der Märzsession 2018 gemäss Antrag der Justizkommission und des Regierungsrates vom Grossen Rat abgewiesen.

1.6 Beratung und Behandlung von Petitionen und Eingaben¹²

Die JuKo ist für die Behandlung von sämtlichen Petitionen und Eingaben an den Grossen Rat zuständig¹³. Innerhalb der Kommission werden die Petitionen und Eingaben vom Ausschuss II vorberaten. Dabei gilt bezüglich der Behandlung von Petitionen und Eingaben folgende Praxis: Petitionen, welche sachlich klar einer anderen Kommission zuordenbar sind, werden jeweils der betreffenden Kommission zur abschliessenden Behandlung weitergeleitet. Die Berichterstattung an den Grossen Rat erfolgt im Rahmen des vorliegenden Berichts über die JuKo. Die Behandlung von Eingaben obliegt allein der JuKo. Bei der Prüfung von Eingaben werden bei Bedarf Stellungnahmen eingeholt, welche jeweils in die Beantwortung der Eingaben einfließen.

Petitionen sind 12 eingegangen; eine wurde von der JuKo direkt beantwortet; 11 leitete sie an die jeweils sachlich zuständige Kommission zur direkten Beantwortung weiter¹⁴. Die Behandlung der weitergeleiteten Petitionen durch die zuständigen Kommissionen wird im nachfolgenden Berichtsjahr erwartet. Eine noch ausstehende Petition aus dem Jahr 2017 konnte schliesslich von der sachlich zuständigen Kommission abgeschlossen werden.

Die JuKo nahm im Berichtsjahr 21 Eingaben entgegen; davon konnte sie deren 19 abschliessen. Ebenfalls abgeschlossen wurden die fünf Eingaben, die noch vom Vorjahr pendent waren.

2 Antrag der Justizkommission

Die JuKo beantragt dem Grossen Rat, den vorliegenden Tätigkeitsbericht 2018 zur Kenntnis zu nehmen.

1. Mai 2019

Namens der Justizkommission

Die Präsidentin
Monika Gygax-Böninger

Der stellvertretende geschäftsleitende
Sekretär
Oliver Rüegg

¹¹ Art. 38 Abs. 2 Bst. f GO.

¹² Art. 87 Abs. 1 Gesetz über den Grossen Rat vom 4. Juni 2013 (Grossratsgesetz, GRG) i. V. m. Art. 38 Abs. 3 und Art. 111 GO.

¹³ Art. 38 Abs. 3 und Art. 111 GO.

¹⁴ Zehn Petitionen gingen an die Finanzkommission (FiKo), eine an die Bildungskommission (BiK).

ANHANG – Personelle Zusammensetzung und Beanspruchung der Justizkommission

1) Zusammensetzung und Organisation der Justizkommission

Die JuKo setzte sich bis Ende Legislatur am 31.05.2018 wie folgt zusammen:

Name	Partei	In der JuKo seit
Gygax-Böninger Monika (Präsidentin)	BDP	Dezember 2010
Klopfenstein Hubert (Vizepräsident)	FDP	Juni 2014
Bärtschi Alfred	SVP	Juni 2010
Bauen Antonio	Grüne	Januar 2016
Baumann Kilian	Grüne	Juni 2014
Benoit Roland	SVP	Januar 2016
Berger Christoph	SVP	Juni 2014
Blum Christine	SP	September 2017
Freudiger Patrick	SVP	Juni 2014
Fuchs Thomas	SVP	Juni 2010
Gerber Christine	SVP	Juni 2017
Giauque Beat	FDP	Juni 2014
Hässig Vinzens Kornelia	SP	September 2016
Junker Burkhard Margrit	SP	Juni 2014
Köpfli Michael	glp	September 2017
Schnegg-Affolter Christine	EVP	Juni 2012
Wildhaber Daniel	SP	Januar 2017

Seit Beginn der neuen Legislatur am 01.06.2018 setzt sich die Justizkommission wie folgt zusammen:

Name	Partei	In der JuKo seit
Gygax-Böninger Monika (Präsidentin)	BDP	Dezember 2010
Freudiger Patrick (Vizepräsident)	SVP	Juni 2014
Ammann Christa	AL	Juni 2018
Bauen Antonio	Grüne	Januar 2016
Berger Stefan	SP	Juni 2018
Blum Christine	SP	September 2017
Bösiger Beat	SVP	Juni 2018
Buri Urs	SVP	Juni 2018
Funiciello Tamara	SP	Juni 2018
Gerber Christine	SVP	Juni 2017
Hess Erich	SVP	Juni 2018
Hess Sandra	FDP	Juni 2018
Kocher Hirt Manuela	SP	Juni 2018
Schnegg-Affolter Christine	EVP	Juni 2012
Schneider Sandra	SVP	Juni 2018
Stocker Julien	glp	Juni 2018
Zimmerli Christoph	FDP	Juni 2018

Die JuKo hat die Geschäftsleitung und vier ständige Ausschüsse mit der Wahrnehmung spezieller Aufgaben betraut:

Geschäftsleitung	gesamte Oberaufsicht und Finanzaufsicht <i>Zusammensetzung bis 31.05.2018:</i> Gygax-Böninger Monika (Präsidentin), Klopfenstein Hubert (Vizepräsident), Bärtschi Alfred (Ausschussleiter), Fuchs Thomas (Ausschussleiter), Junker Burkhard Margrit (Ausschussleiterin) <i>Zusammensetzung per Ende Berichtsjahr:</i> Gygax-Böninger Monika (Präsidentin), Freudiger Patrick (Vizepräsident), Bauen Antonio (Ausschussleiter), Blum Christine (Ausschussleiterin), Gerber Christine (Ausschussleiterin)
Ausschuss I	Aufsicht Obergericht, Vorberatung Straferlasse <i>Zusammensetzung bis 31.05.2018:</i> Junker Burkhard Margrit (Ausschussleiterin), Berger Christoph, Giauque Beat <i>Zusammensetzung per Ende Berichtsjahr:</i> Blum Christine (Ausschussleiterin), Buri Urs, Ammann Christa
Ausschuss II	Aufsicht Verwaltungsgericht, Vorberatung Petitionen und Eingaben <i>Zusammensetzung bis 31.05.2018:</i> Bärtschi Alfred (Ausschussleiter), Benoit Roland, Christine Blum <i>Zusammensetzung per Ende Berichtsjahr:</i> Gerber Christine (Ausschussleiterin), Funicello Tamara, Hess Sandra
Ausschuss III	Aufsicht Generalstaatsanwaltschaft <i>Zusammensetzung bis 31.05.2018:</i> Fuchs Thomas (Ausschussleiter), Baumann Kilian, Gerber Christine <i>Zusammensetzung per Ende Berichtsjahr:</i> Bauen Antonio (Ausschussleiter), Bösiger Beat, Berger Stefan
Ausschuss IV	Vorbereitung Richterwahlen <i>Zusammensetzung bis 31.05.2018:</i> Klopfenstein Hubert (Ausschussleiter), Freudiger Patrick, Hässig Vinzens Kornelia, Bauen Antonio, Schnegg-Affolter Christine, Feller Erich (nicht Mitglied der JuKo), Mühlheim Barbara (nicht Mitglied der JuKo), Schwarz Jakob (nicht Mitglied der JuKo) <i>Zusammensetzung per Ende Berichtsjahr:</i> Freudiger Patrick (Ausschussleiter), Kocher Hirt Manuela, Zimmerli Christoph, Bauen Antonio, Gnägi Jan (nicht Mitglied der JuKo), Mühlheim Barbara (nicht Mitglied der JuKo), Schnegg-Affolter Christine, Schwarz Jakob (nicht Mitglied der JuKo)

2) Beanspruchung der Justizkommission

Die JuKo traf sich im Jahr 2018 zu 6 Plenumssitzungen. Die ständigen Ausschüsse traten zu 29 Sitzungen und die Geschäftsleitung zu 12 Sitzungen zusammen. Darüber hinaus fand eine Weiterbildungstagung statt, bei der ebenfalls weitere Mitglieder des Grossen Rates teilnahmen.